

Rede des Bundesministers der Verteidigung

Boris Pistorius

zum Abschluss der Bundeswehrtagung 2025

in Berlin

am 07. November 2025

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich zunächst einmal sehr herzlich bei Ihnen allen: für die Teilnahme, für den Austausch, für Offenheit und Klarheit, gestern und heute, für ihre Bereitschaft, sich unseren Herausforderungen gemeinsam zu stellen.

Man spürt es in diesem Saal: die Bundeswehr steht mit ihrem Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung nicht allein. Sie ist eingebettet in ein Netzwerk aus Verantwortung, Vertrauen – und, ja, auch gemeinsamer Erwartung.

Ihre Teilnahme zeigt: Gesamtverteidigung ist eine staatliche, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die über alle Ressort- und Strukturgrenzen hinaus reicht.

Politik, Bundeswehr, Industrie, Gesellschaft – wir alle tragen Verantwortung für die Verteidigungsbereitschaft dieses Landes.

Und ich bin fest entschlossen, diese Aufgabe, diesen Auftrag weiter, mit Ihnen gemeinsam, mit Hochdruck anzupacken.

Bevor ich noch einmal abschließend auf die Themen unserer Tagung eingehe, lassen Sie mich einige Worte zur aktuellen geopolitischen Lage sagen. Diese lässt keinen Zweifel: Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Bedrohungslage

Wir müssen die Dinge beim Namen nennen:

Europa steht im Schatten eines Krieges, wie wir ihn noch vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten haben. Russland führt ihn mit maximaler Brutalität, Zynismus und hybriden Taktiken: militärisch, digital und wirtschaftlich.

Die Ukraine befindet sich seit über 1300 Tagen – und Nächten – im Kampf um ihr Überleben. Der Mut und Kampfgeist der Ukrainerinnen und Ukrainer gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner zeigt sich Tag für Tag aufs Neue und ist zutiefst beeindruckend.

Gleichzeitig geht die russische Aggression weit über die Ukraine hinaus. Sie zielt auf unsere Sicherheit, auf unsere Stabilität, auf unsere Geschlossenheit und unser Vertrauen in uns selbst.

Wir erleben Cyberangriffe auf unsere kritische Infrastruktur.

Wir erleben gezielte Desinformation, die Zweifel säen, uns spalten und auch Wahlen beeinflussen soll.

Wir erleben hybride Angriffe auf unsere Häfen, Pipelines, Netze.

Und wir alle wissen: Das sind Vorboten. Es geht nicht mehr um abstrakte Szenarien – Russland rüstet sich für einen weiteren Krieg.

Es wird nicht von dem Versuch ablassen, weitere Grenzen mit Gewalt zu verschieben.

Ich wiederhole daher: Das eine ist das, was Putin tut – und das ist im negativen Sinne beeindruckend genug – dass andere ist das, was er sagt. Nicht zuletzt beim *Waldai-Dialog* im November letzten Jahres, als er von einem unerbittlichen Kampf um eine neue Weltordnung gesprochen hat.

Meine Damen und Herren,

wir sehen eine Welt, in der wir nur mit glaubhafter Abschreckung den Frieden schützen können.

Ich bin Herrn Generalleutnant Sollfrank und dem Generalinspekteur sehr dankbar für die klaren Ausführungen zu genau dieser konkreten Herausforderung.

Wir sehen eine Welt, in der Stärke und Verteidigungsbereitschaft entscheiden, ob wir unser Zusammenleben selbst bestimmen – oder ob andere am Ende über uns bestimmen.

Es ist kein Alarmismus, wenn ich sage: Unsere Art zu Leben ist in Gefahr.

Und die Bedrohung reicht über die Grenzen Europas hinaus.

In vielen anderen Regionen dieser Welt erleben wir eine neue Zahl und Intensität von Kriegen, Konflikten und Krisen.

Wir sehen, wie die internationale Ordnung, die sich nach dem zweiten Weltkrieg gebildet hat und auf die wir alle fest vertraut haben und lange vertrauen konnten, erodiert.

Wir sehen, wie Großmächte wie die USA und China zunehmend in einem strategischen und wirtschaftlichen Systemwettbewerb miteinander ringen.

Ein Handelskrieg ist längst Realität: Die USA schützen ihre Hochtechnologien vor dem Zugriff Chinas, während China mit der Kontrolle über Rohstoffe, Halbleiter und seltene Erden Druck auf den Westen ausübt – auch Europa steht bei dieser Entwicklung im chinesischen Fadenkreuz.

Das Ziel ist klar: unsere industrielle und damit sicherheitspolitische Autonomie und Handlungsfähigkeit zu schwächen oder gar zu zerstören.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich eine Achse der Autokratien gebildet.

Und um das zu veranschaulichen: Das erste Mal seit Mitte der neunziger Jahre gibt es mehr autoritäre Regime als Demokratien auf der Welt. Mehr als 72 Prozent aller Menschen auf diesem Planeten

leben inzwischen in illiberalen autoritären Regimen und nur der Rest in Demokratien, wie wir sie verstehen. Das ist die Welt, in der wir heute leben.

Wir sind längst in einer Situation, wo Russland, China, Iran, Nordkorea und andere sich miteinander abstimmen, miteinander vorgehen und agieren. Da, wo sich ihre Interessen treffen, arbeiten sie in enger Absprache. Sie destabilisieren Regionen, sie schwächen Demokratien und sie nutzen Krisen, um Einfluss auszuweiten.

Meine Damen und Herren,

wir sehen auch, wie altbekannte Foren neue Relevanz erhalten – vom BRICS-Format bis zur *Shanghai Cooperation Organisation*. Diese Partnerschaften formieren sich aufgrund überlappender Interessen, aber ohne gemeinsame Wertebasis – also entsprechend instabil, aber auch nicht minder gefährlich.

Und gleichzeitig beobachten wir, wie sich auch unser engster Partner, die Vereinigten Staaten von Amerika, spürbar anderen Regionen zuwendet und nicht mehr der Pfeiler in vielen internationalen Organisationen ist, der er noch vor 20 Jahren war. Die Konsequenzen für unsere transatlantische Sicherheit spüren wir in ganz Europa.

Zur Ehrlichkeit gehört dazu: der Zusammenhalt in der Europäischen Union ist ebenfalls besorgniserregend und nicht mehr der, der er Mal

war. Kürzlich bezeichnete jemand Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Trojanische Pferde. Man stelle sich eine solche Aussage vor zehn Jahren vor. Eine undenkbbare Vorstellung.

Innerhalb der EU wird der Konsens immer schwieriger. Der aufstrebende Populismus, wachsende rechte und rechtsextreme Parteien, immer mehr europaskeptische Regierungen – all das bereitet mir große Sorgen.

Gleichzeitig steht die EU vor der Herausforderung, sich nicht selbst durch zu viel Bürokratie zu lähmen und an Akzeptanz zu verlieren. Europa muss seine politische, wirtschaftliche und auch sicherheitspolitische Stärke ausspielen.

Nur wenn wir gemeinsam und geeint agieren, haben wir den Hebel, um die Rolle einzunehmen, die der Europäischen Union aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke in der Welt zukommt.

All das macht deutlich: Wir müssen unser Land, unsere Demokratie und unsere Freiheit schützen. Deshalb ist jetzt die Zeit, unsere Bundeswehr entschlossen und mit voller Kraft auf das auszurichten, was notwendig ist: Abschreckung, Verteidigungs- und Durchhaltefähigkeit.

Gleichzeitig geht es weiter darum, die Ukraine in ihrem Kampf zu unterstützen. Daran darf kein Zweifel bestehen. Wir werden fest an

der Seite der Ukraine stehen. Eine stabile Ukraine, die aus einer Position der Stärke heraus verhandeln kann, wenn Putin sich denn jemals an den Verhandlungstisch begeben würde, trägt auch zu unserer Sicherheit bei. Deutschland ist der größte europäische Unterstützer der Ukraine. Und nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika ihre finanzielle beziehungsweise materielle Unterstützung angepasst haben, sind wir im Grunde genommen der größte Unterstützer.

Insbesondere beim Ausbau einer produktiven modernen ukrainischen Rüstungsindustrie werden wir uns in Zukunft noch stärker engagieren. Das steht im Fokus.

Davon profitiert die Ukraine und davon profitiert auch Deutschland. Wir unterstützen mit technologischer Expertise und können im Gegenzug an den Erfahrungen, Innovationen und das operative *Know-How* der ukrainischen Streitkräfte anknüpfen.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer wissen, wie man sich auf einem modernen Gefechtsfeld verteidigt. Sie beweisen es Tag für Tag. Von ihnen heute zu lernen, hilft uns, auf morgen vorbereitet zu sein.

Es muss aber über unseren Beitrag hinaus gehen: Auch unsere Partner in Europa, in der NATO und darüber hinaus dürfen in ihrer Unterstützung für die Ukraine nicht nachlassen. Dafür werbe ich mit

viel Nachdruck, dafür wirbt der Bundeskanzler mit viel Nachdruck und die gesamte Bundesregierung.

Meine Damen und Herren,

für Europa gilt das, was wir uns auch für diese Tagung auf die Fahne geschrieben haben:

Einsatzbereitschaft stärken. Aufwuchs beschleunigen. Sicherheit garantieren.

Deutschland muss jetzt vorangehen. Der Bundeskanzler hat es gesagt: wir sind die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Auf uns schaut Europa und die NATO. Wir müssen vorangehen. Dafür sind wir hier. Das ist unsere Aufgabe für die kommenden Monate und Jahre.

Führungskultur & Haltung

Liebe Soldatinnen und Soldaten, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr!

Aufwuchs beschleunigen, heißt nicht nur: mehr Menschen, mehr Material.

Aufwuchs heißt auch: mehr Mut.

Ich habe es bei der Bundeswehrtagung vor zwei Jahren gesagt und ich wiederhole es: Wir brauchen eine Führungskultur, die Verantwortung zulässt und sie gleichzeitig einfordert.

Ich will, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Information liegt. Vorgesetzte in der Bundeswehr dürfen nicht verwalten. Sie müssen führen. Unabhängig davon, ob sie Uniform tragen oder nicht.

Dazu gehören: Fehler. Fehler, die aus Mut und Tempo entstehen, werden nicht bestraft, sondern verstanden und korrigiert.

Wir müssen damit aufhören, in langwierigen Prozessen zu denken und uns an Vorschriften zu klammern, die dem Auftrag entgegenstehen – und die wir selbst ändern können.

Für mich zählt der Grundsatz: Vorschriften müssen der Bewältigung des Auftrags dienen. Und nicht immer wieder neue Aufgaben erzeugen. Unnötige Aufgaben, die dem Erfüllen des Auftrags nicht helfen – oder ihn sogar behindern. Regeln sollen klare Grenzen für den eigenen Handlungsspielraum setzen. Und nicht kreative und eigenständige Initiativen und Ideen unterdrücken.

Deswegen habe ich Staatssekretär Stöß angewiesen, bis Ostern des kommenden Jahres eine neue Entbürokratisierungs- und

Modernisierungsagenda für den Geschäftsbereich des BMVg vorlegen, die wir dann gemeinsam zügig umsetzen.

Wir müssen Verantwortungsdiffusion beenden, die sich in den Tiefen und Lehmschichten von Zuständigkeitsebenen verliert. Wenn jeder immer nur ein bisschen zuständig ist oder sich nur ein bisschen zuständig fühlt, ist am Ende niemand verantwortlich.

Mir ist wichtig, dass in der Truppe auf allen Ebenen ein zentraler Gedanke mit neuem Leben erfüllt wird: Führen mit Auftrag. Das ist kein Relikt aus dem historischen Zettelkasten, sondern das Führungsprinzip von adaptiven Streitkräften im 21. Jahrhundert.

Dieses Prinzip müssen wir selbstbewusst leben: Und das beginnt oben.

Führung bedeutet: Entscheidungen treffen, auch wenn sie unbequem sind.

Führung bedeutet: Vertrauen schenken, wo es gerechtfertigt ist – und Rückgrat zeigen, wenn es darauf ankommt.

Und Führung bedeutet auch: Fehler zulassen, weil sie ein Teil des Fortschritts sind.

Wenn niemand mehr wagt, falsch zu liegen, dann wagt auch niemand mehr, richtig zu handeln.

Diese Kultur müssen wir leben – im Ministerium, in der Truppe, auf allen Ebenen.

Gesamtverteidigung & Infrastruktur

Meine Damen und Herren, liebe Gäste,

Die letzten beiden Tage haben klar gezeigt: Verteidigung ist Teamarbeit und gelingt nur gemeinsam.

Das gilt zwischen Verbündeten und Partnern, aber auch für Bundeswehr und Gesellschaft auf nationaler Ebene.

Gesamtverteidigung bedeutet: wir müssen unser Land gegen Bedrohungen von außen und innen schützen. Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Bundeswehr tragen gemeinsam dafür die Verantwortung. Nicht erst im Ernstfall, sondern schon heute.

Gesamtverteidigung gelingt nur, wenn Zuständigkeiten geklärt, Schnittstellen definiert und Prozesse geübt sind – wir haben es heute ein paar Mal gehört: was wir nicht üben, können wir nicht, wenn es darauf ankommt.

Das gilt ressortübergreifend und föderal abgestimmt. Das gilt für alle Ministerien, Landesbehörden oder Träger kritischer Infrastrukturen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Daher befürworte ich die Initiative des Bundeskanzlers, mit der Einrichtung des Nationalen Sicherheitsrates, den wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, um Informationen zu bündeln und Entscheidungen zu koordinieren.

Erst vorgestern haben wir zum ersten Mal getagt. Wir sind in dem Wissen zusammengetreten, dass wir angesichts der anstehenden Aufgaben ein dickes Brett zu bohren haben. Wir bringen aus dem BMVg und der Bundeswehr entscheidende Informationen und Einschätzungen ein. Ohne unsere, ohne Ihre Expertise wird der Nationale Sicherheitsrat nicht funktionieren können.

Auch hier gilt wieder: Unsere Sicherheit ist Teamarbeit.

Bei der Gesamtverteidigung übernehmen Bundesländer und Kommunen eine besondere eigene Verantwortung– nicht als nachgeordnete Akteure, sondern als tragende Säulen.

Die Länder sind elementar für den Katastrophen- und Zivilschutz und für die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge. Kommunen sichern die Grundversorgung der Bevölkerung, betreiben Notunterkünfte, unterstützen Hilfsorganisationen und stellen Infrastruktur bereit.

Entscheidend ist: Länder und Kommunen müssen ihre Krisenstäbe ertüchtigen, ihr Personal schulen, ihre Pläne regelmäßig aktualisieren und üben – auch gemeinsam mit der Bundeswehr.

Der Aufbau eines gemeinsamen Lagebildes, abgestimmte Kommunikationswege und schnell greifende Entscheidungsbefugnisse sind dafür unverzichtbar.

Ich appelliere daher ausdrücklich an Sie, liebe Gäste, die nicht der Bundeswehr angehören:

Nutzen Sie Ihr Netzwerk, das Sie auf dieser Tagung noch einmal erweitern konnten. Treten Sie auf die Befehlshaber, die Kommandeurinnen und Kommandeure zu.

Sie stehen gemeinsam mit uns auf dem Platz, wenn es ernst wird.

Lassen Sie uns daher gleich in der Startaufstellung trainieren.

Das Sichern von Straßenkreuzungen ist genauso wichtig, wie die Einrichtung von Stell- und Lagerflächen oder Tank- und Rasträumen – für die Truppe und die Blaulichtorganisationen.

Wie organisieren wir Übergaben zwischen dem Sanitätsdienst der Bundeswehr, dem Heimatschutz und zivilen Rettungskräften – ganz besonders für den Fall, wenn es um mehr als eine Handvoll Patienten geht?

Wo laufen welche Fäden zusammen - in Kasernen, in Landratsämtern und in Rathäusern? Das sind Fragen, denen wir nicht nur mit Kontaktlisten und ein paar Telefonnummern begegnen dürfen. Wir müssen gemeinsam üben!

Resilienz entsteht nicht aus Reden, sondern aus Vorbereitung. Jeder einzelne Bereich muss handlungsfähig sein: im Frieden, im Spannungsfall und im Verteidigungsfall.

Nicht zuletzt braucht Gesamtverteidigung die größtmögliche Rückendeckung der Bevölkerung.

Information, Aufklärung, Vertrauen in staatliches Handeln und das Bewusstsein, dass unsere Freiheit nicht selbstverständlich ist und sich nicht selbst verteidigen kann.

All das sind Aufgaben, die nur vor Ort angegangen werden können und müssen. In Rathäusern, Behörden, Leitstellen und Feuerwachen.

Die Infrastruktur ist wesentlich für unsere Verteidigungsfähigkeit. Ohne ertüchtigte Verkehrswege, ohne leistungsfähige Depots, Kasernen, Übungsplätze und logistische Drehkreuze wird die Bundeswehr unsere Bündnisverpflichtungen nicht erfüllen können.

Wir müssen daher gemeinsam schneller werden. Machen Sie Ihre Infrastruktur zur sicherheitspolitischen Priorität. Helfen Sie mit, Hemmnisse jetzt zu erkennen und schnell zu beseitigen.

Um es klar zu sagen: Ich bin mir der Herausforderungen bewusst. Engpässe beim Baurecht, langwierige Genehmigungsverfahren, Personalmangel in den zuständigen Behörden und hohe Anforderungen, zum Beispiel durch Umweltauflagen.

Eine neue Liegenschaft darf aber nicht erst nach einem Jahrzehnt Realität werden.

Deshalb: Staatssekretär Nils Hilmer wird bis zum Jahresende das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz ausarbeiten. Unser Ziel ist es, den Gesetzentwurf im Januar 2026 ins Kabinett zu bringen.

Zuständigkeitsfragen zwischen Bund und Ländern, endlose Genehmigungsverfahren, komplexe umweltrechtliche Prüfungen, die Projekte über Jahre verzögern können, darf es nicht mehr geben. Wir brauchen in vielen Bereichen neue, tragfähige Lösungen.

Aus diesem Grund habe ich im Jahr 2023 die Infrastrukturkonferenzen ins Leben gerufen. Erst vor einigen Wochen sind wir mit den Bauministerinnen und Bauministern der Länder im BMVg erneut zusammengekommen und haben weitere deutliche Fortschritte erzielt.

Allein im Bereich der Unterkünfte für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ist uns ein echter Meilenstein gelungen.

297 neue Gebäude werden in kurzer Zeit entstehen. Es ist nur ein Beispiel, das eindrucksvoll zeigt: Es funktioniert, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

Das von mir erlassene Liegenschaftsmoratorium ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Bundeswehrinfrastruktur:

Wir beenden damit den jahrelangen Abverkauf von militärischen Liegenschaften.

Als ehemaliger Oberbürgermeister und Kommunalpolitiker ist mir bewusst: Ich werde mir mit dieser Maßnahme nicht nur Freunde in der kommunalen Familie machen.

Aber ich weiß auch, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen viel Verständnis haben werden, wenn sie sehen, worum es geht.

Ja, es wird Standorte geben, in die wir zurückkehren. Und bei anderen Standorten werden wir uns darauf verständigen, dass wir wegbleiben und die Kaserne so entwickelt werden kann, wie es geplant ist. Das werden wir in den nächsten Monaten so zügig wie möglich und im Austausch mit den kommunalen Verantwortlichen beraten und dann sehr schnell Fläche für Fläche entscheiden – und nicht erst bekanntgeben, wenn alles einer Revision unterzogen wurde.

Aber es darf kein Zweifel daran bestehen: für den Aufwuchs der Truppe brauchen wir wieder mehr Kasernenflächen und im Zweifelsfall solche, die noch da sind – wenngleich auch in einem erbärmlichen oder seit zehn Jahren nicht benutzten Zustand.

Es geht also nicht darum, all das rückabzuwickeln, was wir den Ländern und Kommunen bereits in Aussicht gestellt haben. Wohl aber um eine gemeinsame und genaue Einzelfallprüfung, welche Liegenschaften wie genutzt werden können. Und auch: Wo Länder und Kommunen ein Interesse daran haben, die Bundeswehr zurück in die Region zu holen.

Die Bundeswehr ist eine Organisation, die weit in die Fläche reicht. Die Länder und Kommunen sind nicht nur unsere regionalen Nachbarn. Sie sind viel mehr. Sie sind unsere Partner vor Ort.

Blick nach vorn – Finanzielle Basis und Vertrauen

Meine Damen und Herren,

wir stehen an einem entscheidenden Punkt. Wenn die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen soll, braucht sie eine klare Haltung, verlässliche Partner und nicht zuletzt: eine dauerhafte und planbare Finanzierung.

Wir haben 2022 das Sondervermögen aufgesetzt. 2025 zeigen die Zahlen: Wir meinen es ernst.

Insgesamt stehen uns rund 86,4 Mrd. Euro zur Verfügung – davon 62,3 Mrd. im Einzelplan 14 und 24,1 Mrd. aus dem Sondervermögen. Das ist ein Plus von über 14,6 Mrd. Euro gegenüber dem Soll 2024.

Um es klar zu sagen: Das ist kein kurzfristiger Höhepunkt, es ist der Einstieg in einen kontinuierlichen Wachstumspfad und eine langfristig wieder angemessene Finanzierung der Bundeswehr.

Diese Bundesregierung hat mit dem Regierungsentwurf zum Haushalt 2026 und dem Finanzplan bis 2029 die nötigen Voraussetzungen geschaffen:

- 82,7 Mrd. 2026,
- rund 93 Mrd. 2027,
- rund 136 Mrd. 2028 und
- rund 153 Mrd. im Jahr 2029.

Zum Ende des Jahres 2027 ist das Sondervermögen endgültig abgerufen. Dafür haben wir den Übergang in eine verstetigte Finanzierung in unserem Verteidigungsetat, dem Einzelplan 14, eingeleitet. Das war möglich durch die Grundgesetzänderung, die eine Bereichsausnahme von der Schuldenbremse geschaffen hat.

Ohne das klare Bekenntnis, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete des Deutschen Bundestags, wäre dieser Kurs nicht möglich.

Daher sage ich heute, auch im Namen der Bundeswehr, ausdrücklich: Danke.

Danke, insbesondere an die hier anwesenden Abgeordneten des Deutschen Bundestags von SPD, Union und Grünen für die wertvolle und von Vertrauen geprägte parlamentarische Zusammenarbeit der Mitte.

Das unterscheidet Sie von den politischen Rändern links und rechts. Von Linke und AfD, die regelmäßig ihre Zustimmung verweigern, wenn es um die Sicherheit unseres Landes geht. Und die gegen die Bereichsausnahme gestimmt haben.

Daher appelliere ich an die Parteien der Mitte, mit uns weiter gemeinsam Kurs zu halten. Wir müssen jetzt die Verpflichtungsermächtigungen in den Blick nehmen, damit wir große Projekte vertraglich binden und industrielle Kapazitäten rechtzeitig hochfahren können.

Die Botschaft an die Vertreter der Industrie muss lauten: Wer liefern soll, braucht Verlässlichkeit.

Langfristige Aufträge, klare Verträge und Absprachen, realistische Zeitlinien, ehrliche Ansagen für die Produktion und den Mittelabfluss: So gewinnen wir gemeinsame Planungssicherheit, können Risiken minimieren und beiderseits die Kosten in einem annehmbaren Rahmen halten.

Die gute Nachricht ist: Wir haben die Grundlagen geschaffen, damit die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen kann.

Erstmals seit Jahrzehnten planen wir entlang der Bedarfe der Truppe, nicht entlang der Grenzen des Staatshaushalts.

Bedrohungslage geht vor Kassenlage. Diese Botschaft verstehen übrigens auch unsere Gegner. Sie wissen, wir meinen es ernst.

Meine Damen und Herren,

das Sondervermögen hat uns Schwung gegeben. Die Bereichsausnahme des Verteidigungshaushalts von der Schuldenbremse war der Wendepunkt. Finanziell gesehen haben wir jetzt volle Akkus. Jetzt müssen wir dieses Potenzial aber auch ins Netz bringen.

Geld allein schafft noch keine Einsatzbereitschaft.

Es ist die Kombination aus Finanzierung, rechtlichen Rahmenbedingungen und praktischer Umsetzung, die entscheidet.

Und sie entscheidet sich jetzt – in den kommenden Monaten und Jahren. Wir haben die Mittel. Unsere Gegner werden nicht darauf warten, bis wir fertig sind.

Aufwuchs gestalten – Personal

Die Zukunft der Bundeswehr entscheidet sich nicht nur am Geld. Sie entscheidet sich vor allem an den Menschen.

Der personelle Aufwuchs ist strategisches Ziel und größte Herausforderung zugleich. Übrigens nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern der NATO.

Wir konkurrieren um Köpfe, Talente, Fähigkeiten – mit der Wirtschaft, mit dem Staat, mit der Gesellschaft insgesamt.

2025 liegen die Bewerbungen bei der Bundeswehr deutlich über dem Vorjahr. Die Einstellungen haben spürbar zugelegt. Diesen Trend müssen wir halten und ausbauen – 2026 und darüber hinaus.

Mit dem Neuen Wehrdienst schaffen wir einen neuen Einstieg und eine Brücke in die Reserve. Ich bin zuversichtlich, dass wir in den nächsten Tagen eine Einigung erzielen werden.

Attraktivität darf in diesem Zusammenhang keine leere Worthülse sein, sondern gelebter Alltag in der Truppe: moderne Ausbildung, verlässliche Karrierepfade, familienfreundliche Strukturen, gute Unterkünfte, zeitgemäße Arbeitsbedingungen. Das alles zählt auf längerfristige Personalbindung ein und muss damit höchste Priorität haben.

Dabei muss diese Attraktivität immer weiter verbessert werden.

Deshalb beauftrage ich den Generalinspekteur mit der Evaluierung der Ausbildung unserer Wehrdienstleistenden bis Frühsommer kommenden Jahres.

Und es geht noch um etwas anderes. Es geht nicht nur um unsere Wehrdienstleistenden, es geht darum, den Aufwuchs der Bundeswehr insgesamt zu gewährleisten – und das tun wir aus drei

Gruppen: Die neu Hinzukommenden. Diejenigen, die wir aus der nicht aktivierten Reserve zurückgewinnen – und es gibt viele die sich melden, die sagen „wir wollen wieder in die aktive Truppe“ – oder in die aktive Reserve.

Und es geht um eine Gruppe, die mir seit meinem Amtsantritt bei jedem Truppenbesuch begegnet und mir ihr Leid klagt. Das sind diejenigen, die sagen: „Ich habe mich für sechs Jahre verpflichtet, wollte mich nach fünf verlängern lassen und durfte nicht, weil die Dienstposten besetzt waren.“

Oder diejenigen, die sagen: „Ich bin zwar an der Altersgrenze, aber ich bin fit und würde gern noch drei Jahre dranhängen.“

Auch diese Gruppe müssen wir verstärkt in den Blick nehmen.

Fachlich hochqualifizierte, leistungsstarke und erfahrene Soldatinnen und Soldaten aller Laufbahnen, die wir auch in der Ausbildung dringend benötigen können, sollen zudem, wenn sie es wollen, häufiger als bisher über ihre Verpflichtungszeit hinaus – und in geeigneten Fällen auch über die Altersgrenze hinaus – in der Truppe gehalten werden. Das muss der Maßstab und der Auftrag in den kommenden Monaten und Jahren sein.

Ihr Potenzial müssen wir viel besser, rechtzeitig und vor allem länger nutzen. Ich werde mich deshalb in den nächsten Wochen beginnend und dann jedes Jahr an alle mit einem Brief wenden, die es betrifft.

In diesem Brief werde ich das Interesse abfragen, die jeweilige Verpflichtung zu verlängern. Ich weiß: Das ist ein ungewöhnlicher Weg. Aber wir leben in ungewöhnlichen Zeiten. Diejenigen, die nicht wissen, an wen sie sich wenden können, wissen dadurch: Es gibt das Interesse von ganz oben, dass wir sie halten – wenn sie wollen und wir sie gebrauchen können. Das wird der Maßstab für die Zukunft sein.

Noch klarer will ich es für die Reserve sagen: Ohne einsatzfähige Reserve ist Deutschland nicht verteidigungsfähig. Das wissen alle. Die Reserve ist kein Anhängsel der Bundeswehr, keine Trachtengruppe. Sie ist Teil der Streitkräfte – und das muss in den kommenden Jahren wieder deutlich werden.

Wir brauchen daher ein klares Zielbild: regelmäßige Wehrübungen, digitale Prozesse, nahtlose Verzahnung von Wehrrersatzwesen und Personalführung der Reserve – mit klaren Verantwortlichkeiten und belastbaren Abrufmechanismen.

Und ja: wir wissen alle, dass wir noch nicht an dem Punkt sind, wo wir sein müssen, um das schneller bewerkstelligen zu können. Aber wir arbeiten mit Hochdruck daran und ich bin General Sieger, Präsident des BAPersBw, sehr dankbar für die Arbeit und die Erfolge der letzten Jahre.

Ich will es nochmal sagen: Über die letzten zwei Jahre sehen wir einen Aufwuchs bei den militärischen Kräften. Wir waren damals im Minus, also unterhalb der anvisierten Einstellungszahlen: das war ein Delta von circa 2000 Frauen und Männern in 2023.

Heute sind wir im Plus, also 3000 zusätzliche Einstellungen oberhalb der Zielkurve. Das macht in der Summe faktisch eine Brigade an Zuwachs. In wenigen Jahren ist das nicht ganz so schlecht, wie der ein oder andere es gerne darstellen möchte.

Wir müssen die Strukturen und Verfahren so aufstellen, dass im Ernstfall alles ineinander greift.

Hier kommt es auf die Feinsteuerung an: zwischen Teilstreitkräften und zivilen Organisationsbereichen, entlang der Materialzuläufe, mit Blick auf Ausbildung, Infrastruktur und Mobilmachung.

Deshalb beauftrage ich den Generalinspekteur damit, bis Ostern 2026 eine Strategie für die Reserve vorzulegen. Sie muss einen

klaren, konkreten und ambitionierten Fahrplan für Aufwuchs und vor allem Ausbildung und Ausrüstung der Reserve vorgeben.

Zudem beauftrage ich die Staatssekretäre Hilmer und Stöß sowie den Generalinspekteur damit, bis Ostern 2026 einen abgestimmten Aufwuchsplan für die aktive Truppe vorzulegen. Er muss konkrete Maßnahmen und quantifizierbare Meilensteine enthalten.

Wir brauchen ein klares Strukturziel. Und zwar für eine Bundeswehr, die weiß, warum und wohin sie wächst.

Für dieses Ziel werden wir zusätzlich vier weitergehende Maßnahmen initiieren.

Zum einen wird Staatssekretär Stöß ein Gesetz zur Stärkung der Reserve ausarbeiten.

Im Frühjahr wird der Generalinspekteur die erste Militärstrategie der Bundeswehr vorstellen.

Auf dieser Grundlage überarbeiten wir bis Ostern das Fähigkeitsprofil. Staatssekretär Hilmer und der Generalinspekteur entwickeln ebenfalls bis Ostern die konkrete Verteidigungsaufstellung unserer Streitkräfte.

Letztere modernisieren wir zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges. Damit regeln wir wichtige Fragen: vom Ablauf der

Einberufung bis zur Festlegung von Bereitstellungsräumen unserer Truppenverbände im Ernstfall.

Aufwuchs gestalten – ReOrg, Fähigkeiten und Material

Meine Damen und Herren,

Mit dem Osnabrücker Erlass haben wir die Streitkräfte besser auf die Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet.

Den Anstoß dafür haben wir auf der Bundeswehr-Tagung vor zwei Jahren gegeben. Es war der entscheidende Impuls, aus dem die größte Strukturreform der Bundeswehr der letzten Jahrzehnte entstanden ist: Die Verschmelzung zweier Organisationsbereiche, die Zusammenlegung von zwei operativen Kommandos, der Wechsel von Unterstellungsverhältnissen ganzer Truppenteile und Neuordnungen in der Bundeswehrverwaltung.

Ein Projekt, das wir buchstäblich als Operation am offenen Herzen bezeichnen können – weil alles weiterlaufen musste: Ausbildung, Übungen, Manöver, Einsätze und nicht zuletzt die Unterstützung der Ukraine.

Meine Damen und Herren,

wir waren erfolgreich! Der Pulsschlag unserer Streitkräfte ist heute kraftvoller und stabiler, als viele es noch vor zwei oder drei Jahren für möglich gehalten haben.

Es ist für mich die beste Gelegenheit, diese Bundeswehr-Tagung 2025 zu nutzen, um Danke zu sagen: Für Ihr Engagement, ihre Flexibilität, und Ihren Willen, zu zeigen, dass Veränderungen möglich sind.

Auch die jüngste Strukturanpassung des BMVg lebt diesen Geist: Mit Ihr haben wir auf der ersten Reorganisation des Hauses aufgebaut.

Wir haben unsere Entscheidungen kontrolliert, analysiert und hinterfragt. Und wir haben nachgeschärft: Einsatzbereitschaft, Aufwuchs und Sicherheit sind die entscheidenden Kriterien für die neue Struktur des Ministeriums. Und sie sendet ein klares Signal.

Ich habe eben von Führungs- und Fehlerkultur gesprochen. Ich habe gesagt, dass diese oben beginnt – und dass wir den Mut haben müssen, getroffene Entscheidungen anzupassen, um noch besser zu werden. Dieser Maßstab gilt für uns alle. Und in besonderem Maße für mich als verantwortlichen Minister.

Mit der Neuordnung des BMVg haben wir zusammengeführt, was zusammengehört, und die Voraussetzungen geschaffen, um auch in unseren internen Abläufen noch schneller zu werden.

Nicht zuletzt haben wir uns auf der Leitungsebene neu aufgestellt. Diese Mannschaft ist heute hier komplett vertreten.

Und ich füge hinzu, was ich gestern auch gesagt habe: Nichts davon ist in Stein gemeißelt. Wir sprechen in Zusammenhang mit Dokumenten immer von *Living Documents*. Auf die Bundeswehr übertragen spreche ich gern von einer lebendigen Einheit.

Das Bundesverteidigungsministerium, der ganze Geschäftsbereich ist kein statischer Monolith. Darf er nicht sein, er war es lange genug – oder zu lange. Er muss sich verändern, so wie sich die Umgebung verändert, so wie die Bedrohungslage und die Gesellschaft sich verändern.

Das heißt: Wir werden unsere Strukturen, unsere Abläufe immer und immer wieder überprüfen – ohne dass wir es jedes Mal als großen Reformprozess verkaufen.

Es geht darum, immer wieder zu schauen: Sind die Stellschrauben richtig gestellt, sind die Richtungen justiert, ist alles auf dem richtigen Pfad.

Und diese Tagung hat gezeigt: Alle, die daran mitwirken, tun dies mit viel Energie, um unsere Verteidigungsbereitschaft zu stärken.

Der Grund dafür ist klar die eine Mangelressource, die wir nicht aufstocken können: Zeit.

Die neue Abteilung „Innovation und Cyber“ im BMVg bündelt Fähigkeitsentwicklung, Digitalisierung und Innovation. Damit werden Planungs- und Entscheidungswege weiter verschlankt.

Der Fokus dieser Abteilung liegt klar auf den NATO-Fähigkeitszielen und den Anforderungen des Operationsplan Deutschland. Dieses Programm ist nicht nur umfangreich, es ist auch mit dem Vermerk versehen: Eilt sehr!

Unser Ziel ist es, einen europäischen Beschaffungs- und Produktionsschub zu erzeugen. Zum einen mit der *European Sky Shield Initiative* in der Luftverteidigung.

Neben diesem Programm sind der *European Long-Range Strike Approach*, das britische *DIAMOND*-Projekt und unsere Beteiligung bei den NATO geführten Beschaffungsinitiativen für Munition und Lenkflugkörper bemerkenswerte Meilensteine multinationaler Rüstungskooperation.

Sie dienen dazu, die Nachfrage zwischen den Partnern in der NATO und EU zu bündeln, die Interoperabilität zu erhöhen und industrielle Kapazitäten hochzufahren.

Wir schließen Lücken bei Luftverteidigung, Munitionsbevorratung und Aufklärung.

Wir investieren gezielt in Drohnenabwehr, Führungsfähigkeit, digitale Vernetzung und Künstliche Intelligenz.

Und wir setzen auf Kooperation: mit unseren europäischen Partnern, mit der Industrie, mit *Start-ups*, mit der Wissenschaft.

Für uns gilt, die richtige Balance zwischen Auffüllen, also *more of the same*, und neuen Technologien zu finden. Das ist unser Anspruch und das haben wir entgegen der Wahrnehmung manch öffentlicher Kommentierung auch im Blick. Denn auch moderne Kriege sind keine reinen Drohnenkriege. Auch der Panzer wird im Krieg der Zukunft eine Rolle spielen.

Politisch schaffen wir mit dem neuen Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz die rechtlichen Voraussetzungen.

Die Zeiten der berühmten Goldrandlösungen, die in zwei Jahrzehnten fertig sind – oder noch später – sind vorbei! Funktionierende Lösungen in wenigen Jahren. Das ist der Maßstab.

Das Signal muss lauten: Deutschland geht voran – als Schrittmacher unter den europäischen Nationen.

Und wir zeigen: Deutschland ist da! Wir stehen ein für die europäische Sicherheit. Das können unsere Verbündeten und Partner heute bereits buchstäblich sehen und greifen: mit der Panzerbrigade 45 in Litauen.

Sie wird, allen damaligen Unkenrufen zum Trotz, vom Leuchtturm zum Erfolgsprojekt und zeigt klar: Deutschland hält, was es verspricht: Aktuell sind mit der Panzerbrigade 45 und den zugeordneten Unterstützungskräften rund 300 Soldatinnen und Soldaten vor Ort – mit steigender Tendenz. Der Zeitplan steht.

Die dauerhafte Stationierung von zukünftig annähernd 5.000 Frauen und Männern der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke ist nicht nur historisch. Sie verkörpert Deutschlands Verantwortung in und für Europa.

Und sie fordert gleichzeitig unsere Verantwortung ein: modernes Material und Fähigkeiten in allen Dimensionen. Nicht für das Depot, sondern vor allem für unsere Frauen und Männer vor Ort.

Der Generalinspekteur hat mit der „Prio-Pyramide“ die Bedarfe klar definiert. Jetzt müssen wir den Rüstungsprozess beschleunigen und ihn durch neue Ansätze ergänzen – agil, innovativ und pragmatisch.

Deshalb beauftrage ich Generalinspekteur Carsten Breuer und Staatssekretär Jens Plötner damit, einen Vorschlag für einen neuen Planungsprozess vorzulegen, der Beschleunigung und Innovation vereint.

Gleichzeitig beauftrage ich Staatssekretär Hilmer darum, in den zukünftigen Verteidigungsetats den Anteil für Forschung und Entwicklung angemessen zu erhöhen, um diesen Brückenschlag auch fiskalisch und monetär abzusichern.

Industrie – Partner der Sicherheit

Meine Damen und Herren,

Wir haben seit Beginn meiner Amtszeit einen unserer wichtigsten Partner viel enger als früher eingebunden: unsere Wirtschaft.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie, die im vergangenen Dezember noch vom alten Kabinett verabschiedet wurde, und der aktuelle Koalitionsvertrag unterstreichen das.

Der Schlüssel für unseren Erfolg liegt in der engen Einbindung, aber vor allem im Tempo, das gemeinsam zwischen Industrie und Bundeswehr aufgenommen wird.

Wir optimieren die Beschaffung, setzen Prioritäten und binden die Industrie eng ein. Wir brauchen eine Rüstungsindustrie, die nicht nur termintreu liefern, sondern vorausschauend planen kann.

Seit dem 1. August gelten bereits erhöhte Wertgrenzen für Direktaufträge. Sie ermöglichen Beschaffungen außerhalb des EU-Vergaberechts. Das entlastet die Vergabestellen und schafft neue Handlungsspielräume.

Gleichzeitig schaffen wir mit dem Innovationszentrum der Bundeswehr in Erding bis zum Ende des Jahres einen Schmelztiegel des technologischen Fortschritts:

Nah zur Landeshauptstadt München werden zukünftig Industrie, *Start-Ups*, Wissenschaft und Bundeswehr gemeinsam Projekte auf den Weg bringen und deren Resultate verzugslos in der Truppe praktisch testen können.

Es geht konkret darum, nicht erst zu testen, wenn es fertig ist, sondern synchron zur Entwicklung mit der Truppe zusammen zu arbeiten und genau zu schauen: Laufen wir in die richtige Richtung? Was braucht ihr? Was können wir dafür tun, damit die Ergebnisse zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in den Tests bestehen können?

Es ist unser Ziel, bis Ostern 2026 den Grundstein für weitere Innovationszentren im Bundesgebiet zu legen - zum Beispiel eines für maritime Technologie in Norddeutschland.

Sehr geehrte Gäste, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Industrie,

Sie wissen und sie sehen, dass weitere Bestellungen kommen werden. Wir geben Ihnen damit die Planungssicherheit, die Sie immer zu recht eingefordert haben und die für die Erhöhung der Produktionskapazitäten notwendig ist.

Die schnelle Deckung unserer Bedarfe und die unserer Verbündeten wird nur gelingen, wenn die Industrie ihre Kapazitäten erhöht: Jetzt!

Nicht nur, um die einzelnen Aufträge am Standort bewältigen zu können, sondern um das wirtschaftliche Gesamtsystem auf eine höhere Drehzahl zu bringen. Und um die Produktionsrate nach oben skalieren zu können, wenn es darauf ankommt.

Herr General Sollfrank hat es ausgeführt: Jetzt reden wir über Frieden. Aber wenn der Spannungsfall eintritt und es darauf ankommt, wird es notwendig sein, die Produktionskapazitäten schnell und effizient hochzufahren. Dies mitzudenken ist meine Bitte an Sie.

In Deutschland sind praktisch alle Unternehmen in der Wertschöpfungskette gefordert, einschließlich der Zulieferer.

Uns ist bewusst: die Lieferketten sind komplex und international verwoben. Sie müssen aber mehr denn je resilient und verlässlich bleiben.

Das schließt auch die sichere Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten in Europa, besonders mit Blick auf die Abhängigkeit von China, ein. Wir nehmen diese sehr ernst und arbeiten hier eng mit den anderen Ressorts zusammen.

Ich sage es daher ganz klar an die Vertreter der Industrie: Wir wollen, dass Sie erfolgreich sind. Ihr Erfolg bedeutet Sicherheit für unser Land.

Reorganisation BAAINBw

Meine Damen und Herren,

Sie wissen: Die Bundeswehr ist Ihr fester Partner. Heute und in Zukunft. Auf vielen Ebenen arbeiten Industrie und Wehrverwaltung bereits über Jahrzehnte eng und vertrauensvoll zusammen.

Rüstung und Beschaffung für unsere Streitkräfte werden ganz wesentlich durch eine Behörde unseres Geschäftsbereiches geprägt: Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz: BAAINBw.

Meine Damen und Herren,

unsere Frauen und Männer im BAAINBw tragen eine große Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes.

Das BAAINBw hat in den vergangenen Monaten und Jahren gezeigt, wozu es fähig ist. Ich habe das auch öffentlich mehrfach gesagt: Sie haben den *Turnaround* geschafft.

Unter der Führung von Frau Präsidentin Lehnigk-Emden, die heute leider aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Tagung teilnehmen kann und der ich beste Genesung wünsche, haben die Angehörigen des BAAINBw die Zeitenwende gemeistert. Keine Frage.

Die Frauen und Männer des BAAINBw sind seit Februar 2022 sprichwörtlich „im Einsatz“. Das Sondervermögen vertraglich an konkrete Beschaffungsprojekte zu binden, war ein erster, gewaltiger

Brocken, der zusätzlich zum laufenden Geschäft gestemmt werden musste.

Das BAAINBw hat gezeigt, was Zeitenwende bedeutet. Alles aus einer Struktur heraus, die dafür nie aufgestellt war – die dafür nie konditioniert war.

Dafür gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Koblenz und auch ihrer Präsidentin ein ganz herzlicher Dank und besondere Anerkennung.

Meine Damen und Herren!

Wir wissen heute: Der geplante Aufwuchs der Streitkräfte wird erheblich mehr Beschaffungsvorhaben nach sich ziehen. Gleichzeitig wird das Gerät, das sich in der Nutzung befindet, weiter anwachsen. Also auch mehr Wartung, Materialunterhalt, Ersatzteile und anderes.

Diesen Aufwuchs gilt es, zu beschleunigen und nicht mit aller Gewalt durch eine Struktur zu pressen, die dafür nicht ausgelegt und auch nicht konditioniert ist. Ebenso müssen wir darauf achten, die Arbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Die gute Nachricht ist: Das können wir. Und das werden wir.

Deshalb beauftrage ich Staatssekretär Jens Plötner damit, mir bis Mai 2026 ein Strukturkonzept für die Reorganisation des BAAINBw und seiner unterstellten Bereiche zur Entscheidung vorzulegen.

In Zusammenarbeit mit der Präsidentin soll eine Organisation des Bereiches entstehen, die hohe Auftragszahlen auch nachhaltig stemmen kann, Innovation in der Truppe fördert und noch enger mit der Industrie kooperiert.

Dazu gehört explizit die Erschließung neuer Standorte neben dem Koblenzer Hauptsitz. Ein Modell, wie es auch unsere Verbündeten praktizieren und von deren Erfahrungen wir profitieren können.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns im BAAINBw sprichwörtlich die Fesseln lösen. Tragen wir Rüstung und Beschaffung in die Fläche unseres Landes.

Nutzen wir Büroflächen und Liegenschaften in Ballungsräumen und passenden Regionen, um Naturwissenschaftlerinnen, Ingenieurinnen, Wirtschaftsexperten und Juristinnen eine attraktive berufliche Perspektive zu geben: Für die Sicherheit unseres Landes einen Beitrag zu leisten.

Es gibt Beispiele dafür, wie das gelingen kann: In Niedersachsen sind wir auf junge Hochschulabsolventinnen und -Absolventen zugegangen. Damals ging es um die *High-Tech*-Bereiche im Landeskriminalamt, weil es immer hieß, wir kriegen diese jungen Leute nicht in die Behörden wegen der Bezahlung.

Inzwischen haben wir aber gelernt: Sie kommen dann, wenn sie verstehen, dass eine solche Aufgabe – auch nur für ein paar Jahre wahrgenommen – ein zusätzlicher Gewinn für ihren Lebenslauf ist. Für die beruflichen Perspektiven, die sich danach ergeben. Und dann kommen sie und dann arbeiten sie für uns – ein paar Jahre oder sogar viele Jahre.

Daher müssen wir zu den Menschen gehen, dort wo sie sind. Das können wir für das BAAINBw nicht nur in Koblenz machen und daher sind zusätzliche Standorte auch ein klarer Teil dieses Auftrags.

Demokratie & Sinn der Aufgabe

Meine Damen und Herren,

Warum tun wir das alles? Weil wir nicht nur Territorium verteidigen – wir verteidigen unser freies Leben.

Das Grundgesetz ist mehr als ein Text. Es ist ein Versprechen, dass die Würde des Menschen, das Recht und die Freiheit geschützt werden.

Unsere gemeinsame Sicherheit ist eine riesige Aufgabe: Politik setzt Richtung und Rahmen. Die Bundeswehr handelt verantwortlich, die Industrie liefert verlässlich und die Gesellschaft trägt das Gesamtsystem durch ihr Vertrauen.

Demokratie gedeiht, wenn die Menschen in Frieden und Freiheit leben können.

Frieden und Freiheit bleiben auch in schwierigen Zeiten lebendig, wenn sie verteidigt werden und der gemeinsame Wille dazu sichtbar ist – jeden Tag.

Ob uniformiert oder nicht: Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass unsere Demokratie bewahrt wird, dass Frieden und Freiheit nicht als Selbstverständlichkeit gelten – wohl aber ihre Verteidigung selbstverständlich wird.

Meine Damen und Herren,

Diese Tagung stand unter einem klaren Motto:

Einsatzbereitschaft stärken – Aufwuchs beschleunigen – Sicherheit garantieren.

Einsatzbereitschaft heißt: jederzeit handlungsfähig sein – mental, materiell, personell.

Aufwuchs beschleunigen heißt: schneller entscheiden, beschaffen, aufstellen, ausbilden.

Sicherheit garantieren heißt: Verantwortung übernehmen – für unser Land, für unsere Partner, für den Frieden in Europa.

Wir haben den rechtlichen und finanziellen Rahmen geschaffen, um Vollausrüstung zu ermöglichen und parallel neue Fähigkeiten aufzubauen.

Wir haben Programme aufgesetzt für Beschaffung, Modernisierung, Forschung.

Wirtschaft und Industrie haben nie dagewesene Möglichkeiten, diesen Wandel mitzugestalten.

Länder und Kommunen – und die ganze Gesellschaft – sind Teil dieser Aufgabe.

Wir haben in den letzten Jahren viel Vertrauen gewonnen. Das spüren die Soldatinnen und Soldaten und das spüren die Verantwortlichen des Geschäftsbereichs. Wir müssen es aber durch Leistung erhalten.

Vor diesem Hintergrund ist meine 3 Alpha:

Meine Absicht ist, dass Deutschland zum Ende dieser Dekade eine einsatzbereite, durchhaltefähige und digital vernetzte Bundeswehr stellt, die den NATO-Fähigkeitszielen entspricht, den Operationsplan Deutschland erfüllt und an der Ostflanke sichtbar und wirksam abschreckt.

Das bedeutet im Einzelnen, erstens: Vollausrüstung der bestehenden Verbände, Munitionsvorräte hoch, Luftverteidigung stärken, Führungsfähigkeit und digitale Vernetzung robust machen und vor Cyber-Angriffen schützen.

Zweitens: Den Personalpfad konsequent steuern, in dem der Neue Wehrdienst als Brücke für die Personalgewinnung und eine einsatzfähige Reserve wirkt.

Und drittens: Dass wir die Gesamtverteidigung als Teamarbeit mit Ländern, Kommunen und Industrie begreifen und mit Leben füllen.

Der Generalinspekteur führt die militärische Umsetzung, priorisiert die materiellen Bedarfe und verantwortet die Lage der Einsatzbereitschaft.

Staatssekretär Plötner beschleunigt Rüstung und Innovation.

Staatssekretär Hilmer steuert Haushalt, Personal, Reserve und Infrastruktur.

Staatssekretär Stöß schafft den nötigen Rechtsrahmen.

Bis 2029 soll eine Bundeswehr stehen, die in der Breite angemessen ausgestattet, führungs- und einsatzfähig ist. Mit einer belastbaren Reservestruktur, die schnell aktiviert werden kann.

Vor allem aber soll unsere Bundeswehr selbstbewusst auftreten, Orientierung nach innen und außen geben und eine starke militärische Präsenz in der Mitte Europas bilden. Für unsere Verbündeten und Partner. Und auch in Richtung unserer Gegner.

Meine Damen und Herren,

ich will, dass unsere Kinder und Enkel in Sicherheit aufwachsen können. Und dass wir alle in zehn Jahren auf eine Bundeswehr blicken, die stolz auf sich ist – weil sie bereit ist, das zu verteidigen, was unser Leben ausmacht:

Frieden. Freiheit. Und Demokratie.

Damit schließe ich die Bundeswehr-Tagung 2025. Ich wünsche Ihnen und uns viel Erfolg bei den anstehenden Aufgaben.

Es gibt viel zu tun: Packen wir es an!